

Das neue Syndikusrecht

Bearbeitet von
Hartmut Kilger, Dr. Susanne Offermann-Burckart, Martin Schafhausen, Dr. Doris-Maria Schuster

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XIII
§ 1 Einleitung	1
I. Anlass, Verlauf und Grundzüge der Reform	1
II. Das Thema der Altersversorgung und der Sozialpolitik	6
III. Das Thema des Berufsrechts und der Berufspolitik	10
IV. Zukunfts-Konsequenzen	12
V. Evaluation ist bereits unterwegs	13
§ 2 Berufsrecht	17
I. Rechtsanwälte im Anstellungsverhältnis	17
1. Der angestellte „niedergelassene Rechtsanwalt“	17
2. Der Syndikusrechtsanwalt	17
II. Voraussetzungen für die Zulassung als Syndikusrechtsanwalt	18
1. Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen gem. § 4 BRAO	18
2. Fehlen eines der Versagungsgründe des § 7 BRAO	18
a) Unvereinbare Tätigkeit (§ 7 Nr. 8 BRAO)	18
b) Vermögensverfall (§ 7 Nr. 9 BRAO)	19
3. Anforderungen des § 46 Abs. 2–5 BRAO	20
a) Bestehen eines Arbeitsverhältnisses zu einem nicht-anwaltlichen Arbeitgeber	20
b) Ausübung einer anwaltlichen Tätigkeit (§ 46 Abs. 2–4 BRAO)	21
III. Das Zulassungs- und das Befreiungsverfahren	30
1. Zulassung als Syndikusrechtsanwalt	30
a) Zuständigkeit	31
b) Förmliche Antragstellung	31
c) Gebühren	31
d) Mit dem Antrag vorzulegende Unterlagen	32
e) Anhörung der Rentenversicherung	32
f) Begründung und förmliche Zustellung der Entscheidung	33
g) Weitere Förmlichkeiten	34
h) Rechtsschutz	34
i) Vorgehensweise bei mehreren Arbeitsverhältnissen	34
j) Europäische Rechtsanwälte	35
2. Befreiung von der Rentenversicherungspflicht	35
a) Zuständigkeit	35
b) Bindungswirkung der Zulassungsentscheidung	35
c) Förmlichkeiten	36
IV. Rechtsschutzmöglichkeiten des Bewerbers und der Rentenversicherung	36
1. Verpflichtungsklage des Antragstellers	37
2. Anfechtungsklage der Rentenversicherung	37
V. Das „Damoklesschwert“ des Tätigkeitswechsels	38
VI. Verlust der Zulassung als Syndikusrechtsanwalt	42
1. Allgemeines	42
2. Spezifika beim Syndikusrechtsanwalt	42
3. Involvierung der Rentenversicherung	43

Inhaltsverzeichnis

VII. Tätigkeitsspektrum und Rechte des Syndikusrechtsanwalts	43
1. Beratung und Vertretung des Arbeitgebers	43
2. Vertretung des Arbeitgebers vor Gericht	45
a) Zulässige Vertretungen	45
b) Nicht zulässige Vertretungen	45
3. Legal privileges	46
a) Privilegien, die auch dem Syndikusrechtsanwalt zu Gute kommen	46
b) Privilegien, die dem Syndikusrechtsanwalt nicht zu Gute kommen	47
4. Praktische Erfahrungen aus der Syndikusrechtsanwalts-Tätigkeit	47
VIII. Pflichten des Syndikusrechtsanwalts	48
1. Berufsbezeichnung	48
2. Kanzleipflicht und Mitgliedschaft in einer Rechtsanwaltskammer	48
a) Die Kanzlei	48
b) Kammerzugehörigkeit	49
3. Besonderes elektronisches Anwaltspostfach	50
4. Berufsrechtliche Pflichten	51
a) Unabhängigkeit	51
b) Schweigepflicht	51
c) Sachlichkeitsgebot	52
d) Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen/Tätigkeitsverbote	52
e) Sorgfalt beim Geldverkehr	53
f) Fortbildung	53
g) Werbung	53
h) Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen	54
i) Verbot der erfolgsabhängigen Vergütung	54
j) Handaktenführung/Zurückbehaltungsrecht	54
k) Vertreter-/Abwicklerbestellung	54
l) Anforderungen an Kanzlei und Zweigstelle	55
m) Mandatsbearbeitung/Unterrichtung des Mandanten	55
n) Verbot der Umgehung des Gegenanwalts	55
o) Pflicht zur Entgegennahme ordnungsgemäßer Zustellungen	55
p) Pflichten bei Mandatswechsel	56
q) Akteneinsicht	56
r) Ausgeschlossene Berufspflichten	56
IX. Die verschiedenen Anwaltstypen und ihre Befugnisse	57
1. Der Nur-Syndikusrechtsanwalt	57
2. Der nur „niedergelassene Rechtsanwalt“	57
3. Der Syndikusrechtsanwalt mit gleichzeitiger Zulassung als „niedergelassener Rechtsanwalt“	58
a) Erscheinungsformen	59
b) Weitere Kanzlei	59
c) Weiteres beA	59
d) Vereinbarkeitsprüfung (§§ 7 Nr. 8, 14 Abs. 2 Nr. 8 BRAO)	59
e) Befugnisse zur gerichtlichen Vertretung des Arbeitgebers	60
4. Der „niedergelassene Rechtsanwalt“ mit Zweitberuf	60
a) Vereinbarkeitsprüfung (§§ 7 Nr. 8, 14 Abs. 2 Nr. 8 BRAO)	61
b) Befugnisse zur gerichtlichen Vertretung des Arbeitgebers	61
c) Außenauftritt	62
§ 3 Gesetzliche Rentenversicherung	63
I. Befreiung von der Rentenversicherungspflicht	63
1. Befreiung von der Rentenversicherungspflicht nach § 6 Abs. 1 SGB VI	63
a) Voraussetzungen der Befreiung	64
b) Befreiungsantrag	64
c) Tätigkeitswechsel	65
d) Vertrauensschutz	69
e) Erstreckung der Befreiung auf andere vorübergehende Tätigkeit	72

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Rückwirkende Befreiung von der Rentenversicherungspflicht	74
1. Rückwirkende Befreiung	75
a) Beginn der aktuellen Beschäftigung	75
b) Weitere Beschäftigungen	75
c) Rückwirkung über den 1. April 2014 hinaus	76
d) Keine Rückwirkung bei Bestandskraft „alter“ Bescheide	76
2. Rückgabe der Zulassung wegen Entscheidungen des Bundessozialgerichts	77
3. Aufhebung der Altersgrenze durch Landesgesetzgeber und Satzungsgeber	79
4. Problemfall: Aufgabe der Syndikustätigkeit vor dem 31. Dezember 2015	81
5. Absehen von „rückwirkender“ Befreiung	81
III. Erstattung zu Unrecht gezahlter Rentenversicherungsbeiträge	81
1. Ist ein Erstattungsantrag erforderlich?	82
2. Begrenzter Erstattungsanspruch bei Leistungsgewährung durch Rentenversicherungsträger	83
IV. Neuordnung und anhängige Verwaltungs- und Gerichtsverfahren	84
§ 4 Versorgungswerke	87
I. Grundlagen	87
II. Das Verfahren im Versorgungswerk	92
1. Verfahren für Berufsanfänger	92
2. Verfahren für den – bereits befreiten – Übergangsbestand	95
3. Verfahren für den – nicht befreiten – Übergangsbestand	97
4. Verfahren für den vor dem 4.4.2014 rechtskräftig abgelehnten Bestand	99
5. Rückerstattung zu Unrecht an die Einzugsstelle gezahlter Beiträge	99
a) Probleme der direkten Beitragsrückerstattung	99
b) Probleme der indirekten Beitragsrückerstattung	102
III. 45-Jahresgrenze	102
1. Ausgangspunkte	102
2. Rechtliche Situation zur 45-Jahresgrenze	104
3. Welche Folgen kann eine Abschaffung der 45-Jahresgrenze haben?	108
4. Durch Streichung der 45-Jahregrenze bereits realisierte Lösungen	110
a) Baden-Württemberg	110
b) Sachsen	110
c) Bayern	111
d) Berlin	111
IV. Handlungsempfehlung: der Fall der eigenen Altersversorgung	113
§ 5 Arbeitsrecht	115
I. Welche „Syndikus-Fallgruppen“ gibt es im Unternehmen?	115
II. Welche Aspekte können für eine Umstellungsentscheidung erheblich sein?	116
1. Inhaltliche Prägung des Arbeitsverhältnisses	116
2. Weisungsunterworfenen oder eigenständiges Arbeiten	117
3. Flexibilität des Einsatzes	117
4. Gleichbehandlung und klare Beschäftigungsstrukturen	117
5. Personalgewinnung und -bindung	118
6. Rechtssicherheit für Zweifelsfälle	118
7. Außenauftritt	118
III. Pflicht zur Beschäftigung als Syndikusanwalt?	119
1. Pflicht des Arbeitgebers zur Umstellung der Verträge?	119
2. Zulassungspflicht für Unternehmensjuristen?	119
IV. Vertragsergänzung oder Abschluss eines neuen Vertrags?	121
V. Inhalt des Arbeitsvertrages mit einem Syndikusanwalt	121
1. Aufschiebend bedingter Abschluss	121
2. Stellenbezeichnung	122
3. Erstreckung auf verbundene Unternehmen	123

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Tätigkeitsbeschreibung	124
a) Keine Pflicht zur arbeitsvertraglichen Inbezugnahme	124
b) Stellenbeschreibungen sind keine Tätigkeitsbeschreibungen iSd BRAO	124
c) Inhalt und Form der Tätigkeitsbeschreibung	125
d) Anwaltliche Prägung des Arbeitsverhältnisses	129
5. Pflicht zur Anzeige von Tätigkeitsänderungen	130
6. Fachliche Unabhängigkeit	130
7. Inbezugnahme des anwaltlichen Berufsrechts?	131
8. Befugnis, verantwortlich nach außen aufzutreten	131
9. Versetzungsklausel	133
10. Vergütung	134
11. Haftung	135
VI. Umgang mit Betriebsübergängen	136
VII. Umgang mit Abordnungen (Entsendungen)	136
Anhang	139
1. Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD vom 16.6.2015	139
2. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz vom 2.12.2015	185
3. Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21.12.2015	210
4. Antrag auf Zulassung als Syndikusrechtsanwalt (RAK München)	220
5. Merkblatt zum Zulassungsantrag (RAK München)	226
6. Fragebogen zum Zulassungsantrag (RAK München)	229
7. Tätigkeitsbeschreibung (RAK München)	231
8. Formulierungsvorschlag zur fachlichen Unabhängigkeit (RAK München)	236
9. Antrag auf Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht	237
10. Antrag auf rückwirkende Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht	242
11. Gesetzestexte	248
Sachverzeichnis	257